

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/117

25. Juni 1974

Nichte als eine Art Anarchismus

Über die Taktik des politischen Gegners

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Kampf dem Hunger in der Welt

Dringendste Aufgabe ist die langfristige Entwicklung der Landwirtschaft

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 86 Zeilen

Neue Chancen für See- und Luftfahrt

Klares Bekenntnis zu europäischer Verkehrspolitik notwendig

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Präsidium I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
T

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kahn r Str. E. 106-112 Telefon: 37 88 11

Nichts als eine Art Anarchismus

Über die Taktik des politischen Gegners

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein

Die Darstellung unserer Politik muß sich vor allem auf den politischen Gegner einstellen. Meiner Meinung nach ist folgender Trend zu beobachten: Die CDU versucht uns zunehmend in einer Art Zangenbewegung anzugreifen. Einerseits vertritt sie eine Art "Glistrup-Ideologie" und nimmt die Überforderung des Staates mit den vorhandenen Problemen zum Anlaß, um eine Privatisierung staatlicher Bereiche zu verlangen. D.h. nichts anderes, als den Konzernen die Lösung jener Probleme zu übertragen, die sie selbst verursacht aber nicht beseitigt haben. Andererseits schiebt die CDU der Regierung die Verantwortung für alle Schwierigkeiten und Konflikte zu, ohne selbst auch nur den geringsten Eigenbeitrag in Form von Lösungsalternativen zu bieten. Das ganze ist nichts anderes als eine Art bürgerlicher Anarchismus. Seine Positionen laufen letztlich darauf hinaus, den Bestand der Grundwerte und demokratischen Rechte zu opfern, wenn damit gleichzeitig die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zerstört werden können.

Bei zunehmendem wirtschaftlichen Druck mit den entsprechenden sozialen Konsequenzen kann dies Erfolg haben. In dem Moment aber, wo die CDU dann die Regierung zu übernehmen hätte, wird keine Alternative für wirkliche Problemlösungen zum Zuge kommen. Um sich zu behaupten, bleiben einer solchen Regierung nur einschneidende Maßnahmen zur Konfliktunterdrückung übrig. Stoltenberg hat mit seinen Äußerungen zur Tarifautonomie und mit seiner Interpretation zur Verfassung auf dem

CDU-Landesparteitag deutlich gemacht, wo er anzusetzen gedenkt. Aber dieser Druck wird Gegendruck erzeugen.

Die Methoden der Auseinandersetzung werden sich verschärfen. Auch innerhalb der CDU können Konflikte zwischen der national-konservativen Richtung und der liberal-demokratischen Richtung ausbrechen. Der Endeffekt dieser Politik ist dann das Gegenteil dessen, was sie erreichen will: eine Gesellschaft, deren demokratisches System immer weiter abgebaut wird und in der die Gefahr besteht, daß die Voraussetzungen für totalitäre Strömungen geschaffen werden. Angesichts dieser Perspektive ist auch eine sozial-liberale Koalition, die innenpolitisch und ökonomisch nur einen geringen Manövrierraum hat, auf jeden Fall ein Garant für die Bewahrung der persönlichen Freiheitsrechte und der demokratischen Spielregeln in unserem Land. Deshalb wäre es schlimm, wenn diese Koalition scheitert. Es wird unsere Aufgabe sein, im Landtagswahlkampf nüchtern und ohne zu übertreiben, diese Gefahren darzustellen und das Bewußtsein der Menschen für schleichende Zerfallsprozesse der Demokratie zu schärfen.

Der Kampf gegen einen bürgerlichen Anarchismus bedeutet aus denselben Grundpositionen heraus auch die Ablehnung der Anarchisten von links. Das sind jene, die meinen, die Veränderung juristischer Eigentumstitel könnte international verursachte Strukturkrisen lösen und sei blutige Bürgerkriege wert.

Zum Schluß möchte ich noch betonen, daß politische Überzeugung nur dann glaubhaft vertreten werden kann, wenn sie sich mit den konkreten Erfahrungen der Menschen verknüpft. Wir haben uns auch an den Alltagsorgen der Bürger zu beteiligen, und wir haben ihnen auch unmittelbare Antworten zu geben. Den Menschen nützen ganz langfristige Perspektiven für ihre ganz alltäglichen Sorgen überhaupt nichts. Das sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir für den Wahlkampf aus dem zweiten Teil unseres Heiligenhafener Programms einige wenige Punkte so konkretisieren sollten, daß sie plastisch vorstellbar und jederzeit durch eine Landesregierung durchführbar sind. In ihnen muß sich die landespolitische Alternative zur CDU ausdrücken.

(-/25.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Kampf dem Hunger in der Welt

Dringendste Aufgabe ist die langfristige Entwicklung der Landwirtschaft

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Züchtung von "Superreis" ließ schon in den 60er Jahren die Hoffnung auf eine "grüne Revolution" zu, die die Ernährungsfrage der Menschheit einer Lösung entscheidend näherbringen könnte. Der Biologe Borlaug bekam für seinen besonders ertragreichen Weizen vor vier Jahren sogar den Friedensnobelpreis, weil man nun den Schlüssel zum Überleben in der Hand zu haben glaubte. Diese Erwartungen sind jüher Ernüchterung gewichen.

Die Pro-Kopf-Getreideproduktion ist gesunken. Dazu haben Mißernten und Dürrekatastrophen in weiten Teilen der Welt beigetragen. Die agrarische Nutzung geeigneten Landes ist weit vom Optimum entfernt, weil extensive Viehwirtschaft, mangelhafte Landreform und unzureichende Infrastruktur dies verhindern. Die Fertilisierung des Bodens ist durch die Verteuerung des auf Ölbasis hergestellten Kunstdüngers erheblich erschwert worden, weil die meisten Entwicklungsländer die erhöhten Mittel für die notwendigen Mengen nicht aufbringen können. Der Preis für den Weizen als eines der am weitesten verbreiteten Grundnahrungsmittel ist erheblich gestiegen, weil er nicht nur durch mehrere Mißernten, sondern auch durch umfangreiche Käufe vor allem der UdSSR verknappt worden ist. In fast allen Ländern der Dritten Welt läuft die Bevölkerungsexplosion der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion davon.

Die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO leitet aus diesen Faktoren die Erwartung ab, daß in zehn Jahren 700 Millionen Menschen in 34 Ländern unterernährt sein werden - und das gemessen an Ansprüchen, die von unseren weit entfernt sind. Die Folgen, die neben der Möglichkeit von Millionen Verhungerten den Kreislauf gesundheitlicher Schädigung, körperlicher Schwächung, geistiger Beeinträchtigung und Armut in Gang halten, zwingen zu nachhaltig wirksamen Taten.

Hierzu bedarf es zuerst einer langfristigen Entwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt. Die Bundesregierung mißt ihr eine hohe Priorität zu, was sich im hohen Anteil der Agrarhilfe an der gesamten Entwicklungshilfe von 24 vH. niederschlägt. In diesem Rahmen fördert die Bundesregierung

- Maßnahmen zur Erhöhung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Erzeugung;
- Maßnahmen zur Ausbildung und Forachung im Agrarbereich;
- Verbesserung von Lagerung, Verteilung und Vermarktung;
- erfolgveraprechende Landreformen, Förderung des Kleinbauerntums;

- Verbesserung der Wasserversorgung.

Dabei stützt sich die Bundesregierung nicht nur auf ihre eigene entwicklungspolitische Konzeption, sondern auch auf die internationale Strategie der Zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, die in der wechselseitigen Einflußnahme eng mit der entwicklungspolitischen Konzeption verflochten ist. Auch auf der Rohstoffekonferenz der Vereinten Nationen ist das Problem erkannt worden. In einem Aktionsprogramm sind Forderungen an die Industriestaaten gerichtet, und ein Sonderprogramm enthält Vorschläge für besonders stark in Not geratene Entwicklungsländer. Die OECD geht ebenfalls von der Notwendigkeit einer hohen Priorität für die Landwirtschaft aus, weil nicht zu erwarten ist, daß beim Übergewicht der Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Struktur der Entwicklungsländer in den kommenden Jahren eine deutliche Änderung eintreten wird. In den letzten zehn Jahren ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der eingesetzten Erwerbspersonen mit einer Senkung von 70,7 auf 67,5 vH. nur einer unwesentlichen Veränderung unterworfen gewesen.

Zusätzlich zu den langfristigen Maßnahmen hat die Bundesregierung ein umfangreiches Sofortprogramm in Angriff genommen. Besonders für die Dürregebiete in der Sahel-Zone hat sie umfassende Anstrengungen unternommen, um die hungernde Bevölkerung mit den dringendsten Grundnahrungsmitteln zu versorgen - Getreide, Milchpulver, Butteröl, Saatgut für die nächste Ernte. Dies hat sich als dringlicher erwiesen denn je, weil die Getreideknappheit in weiten Teilen der Welt zu einer Auszehrung der in den Industriestaaten vorhandenen Überschüsse geführt hat, die sehr schwer zu ersetzen waren. Vielen Ländern scheint es schwer zu fallen, in der Soforthilfe mit Nahrungsmitteln mehr zu sehen als den erwünschten Abfluß preissenkender Agrarüberschüsse. Dies zu ändern ist eine Notwendigkeit, die die Bundesregierung als eine der ersten erkannt hat.

Dabei muß sich die Bundesregierung auch der Schwierigkeiten dieser Hilfsmaßnahmen bewußt sein.

- Die fragilen Marktsysteme in den Entwicklungsländern werden durch die Überschwemmung mit kostenlosem oder billigem Getreide zerstört.
- Die Anbauleistung der Agrarproduzenten in den Entwicklungsländern geht zurück;
- die Infrastruktur kann die Transportnotwendigkeiten nicht bewältigen;
- ein Komplementaritätseffekt wird nicht erzielt; das Beschäftigungsproblem kommt einer Lösung nicht näher, sondern entfernt sich eher von ihr.

Um die Menschen in den von Naturkatastrophen, archaischen Gesellschaftsformen und Feudalismus geschlagenen Gebieten vor dem Verhungern zu retten, muß dies alles kurzfristig in Kauf genommen werden. Sinnlos und gefährlich wird das daraus erwachsende Risiko ohne langfristig angelegte tiefgreifende Veränderungen.
(-/25.6.1974/ks/pr)

Neue Chancen für See- und Luftfahrt

Klares Bekenntnis zu europäischer Verkehrspolitik notwendig

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für
Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

Die Verkehrspolitik ist von der gegenwärtigen Phase europäischen Zweifels bisher weitgehend unberührt geblieben. Die Voraussetzungen für Fortschritte in diesem Bereich sind gerade jetzt nicht schlecht. In einer Zeit, in der man sich auf mehr technische Bereiche besinnt, auf denen man an der Verwirklichung der ursprünglichen Vertragsziele weiterarbeiten kann, ohne in den Strudel der großen Politik zu geraten, bietet sich der Verkehr deutlich an. In diesem Zusammenhang verdient ein Urteil besondere Beachtung, das der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vor kurzem im Hinblick auf Seeschifffahrt und Luftfahrt gefällt hat. Dieses Urteil beendet einen jahrelangen Streit zwischen der Kommission und mehreren Mitgliedstaaten über die Anwendung des EWG-Vertrages auf diese beiden Verkehrszweige. Es setzt damit neue Fakten für die verkehrspolitische Diskussion in der Gemeinschaft und zwingt zum Umdenken.

Der vom Gerichtshof entschiedene Fall ist einfach. Frankreich hatte trotz Aufforderung durch die Kommission ein Gesetz nicht geändert, demzufolge ein bestimmter Teil der Besatzung französischer Handelsschiffe die französische Staatsangehörigkeit haben muß. Der Gerichtshof hat hierin einen Verstoß gegen Art. 48 des EWG-Vertrages gesehen, wonach jede auf der Staatsangehörigkeit beruhende unterschiedliche Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten abzuschaffen ist. Die Bedeutung des Urteils liegt nun nicht nur darin, daß künftig jeder Seemann aus den Ländern der Gemeinschaft auf französischen Schiffen anheuern kann. So wichtig dies ist, wichtiger ist, daß der Gerichtshof mit der Anwendung der Vertragsbestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte auf die Seeschifffahrt zugleich bestimmt hat, daß alle sogenannten allgemeinen Regeln des Vertrages auf Seeschifffahrt und Luftfahrt Anwendung finden, sofern

der Ministerrat in diesem Bereich keine Beschlüsse faßt. Eben dies hatten Frankreich und einige andere Mitgliedstaaten - auch die Bundesrepublik - gegen die Meinung der Kommission bisher nachdrücklich bestritten. Sie waren der Auffassung, daß der Vertrag erst dann für Seeschifffahrt und Luftfahrt gelte, wenn der Ministerrat dies ausdrücklich beschließe. Diese juristische Streiterei hatte etwa ab Mitte der sechziger Jahre zu einem völligen Stillstand der Arbeiten der Europäischen Gemeinschaft in diesem Teil der Verkehrspolitik geführt.

Dies muß jetzt zwangsläufig anders werden. Die Mitgliedstaaten müssen sich darüber klar werden, daß vor allem die unmittelbar für den einzelnen oder die Staaten geltenden Vertragsvorschriften (z.B. über die Beihilfen) jetzt im Bereich von Seeschifffahrt und Luftfahrt vollzogen werden müssen, es sei denn der Ministerrat findet sich bereit, die sicherlich notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Die besondere Lage von Seeschifffahrt und Luftfahrt, insbesondere ihre weltweiten Verpflichtungen können in der Gemeinschaft nur noch dadurch berücksichtigt werden, daß der Ministerrat dazu Beschlüsse faßt. Also nicht mehr Ausnahme, bis der Rat beschließt, sondern nur noch Ausnahme, soweit sie der Rat beschließt!

Die Mitgliedstaaten täten also gut daran, jetzt ihren Widerstand aufzugeben und endlich ihre Sachverständigen nach Brüssel zu senden, um mit der Kommission die notwendigen Schritte und Ratsbeschlüsse nach dem berühmten Artikel 84 Absatz 2 des EWG-Vertrages vorzubereiten. Dieser Artikel sagt bekanntlich nicht, daß Seeschifffahrt und Luftfahrt vom Vertrag freigestellt sind, sondern daß der Ministerrat einstimmig darüber entscheidet, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren geeignete Vorschriften für sie zu erlassen sind. Aus dem "ob" ist durch das Urteil des Gerichtshofes jetzt praktisch eine Notwendigkeit geworden, damit die Eigenheiten des See- und Luftverkehrs in der europäischen Integration ihren richtigen Platz finden. Darin liegt die Chance für diese beiden Verkehrszweige, das in Brüssel zur Sprache zu bringen, was besser gemeinschaftlich als national angepackt wird, gerade auch durch gemeinsames Auftreten gegenüber Drittstaaten und internationalen Organisationen. (-/25.6.1974/bgy/pr)

- + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller

+ + +